

Februar 2026

Länderbericht

Auslandsbüro Costa Rica



Rechtspopulismus gewinnt Wahlen in Costa Rica

Kontinuität des „Chavismo“ als epochale Zäsur

Michaela Braun und Sergio Araya¹

Laura Fernández von der Partei Pueblo Soberano („Souveränes Volk“) gewinnt die Präsidentschaftswahl in der ersten Wahlrunde mit 48,33% der Stimmen² und schafft es mit ihrer Partei auf eine Mehrheit der Sitze im Parlament. Der Kandidat der traditionsreichen Partido Liberación Nacional (PLN) erzielte zwar ein historisch gutes Ergebnis, aber war dennoch der Erstplatzierten deutlich unterlegen. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom 1. Februar 2026 markieren somit einen historischen Wendepunkt in der politischen Geschichte Costas Ricas. Das Land, das über Jahrzehnte als demokratische Ausnahmeerscheinung in Mittelamerika galt, hat eine Wahl erlebt, die weit über die Entscheidung über Personen und Parteifarben hinausgeht. Es ging um die grundlegende Frage, wie Costa Rica künftig regiert werden soll: durch institutionellen Dialog, Gewaltenteilung und Konsens – oder durch eine machtkonzentrierte Politik, die auf Konfrontation und strukturellen Systemumbau setzt.

Von den rund 5,2 Millionen Einwohnern Costas Ricas waren 3.731.788 Personen wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung war mit 69,10% signifikant höher als bei den vergangenen Wahlen (historisch niedrigster Wert von 59,71% im Jahr 2022).

Den Wahlprozess zeichneten stark personalisierte Kampagnen und eine hohe Anzahl Unentschlossener aus. Waren es zwischen Oktober und Dezember noch 40-55% Prozent der Wähler, die angaben, noch nicht zu wissen, für welchen Kandidaten und welche Partei sie ihre Stimmen abgeben wollen, so wiesen die Umfragen drei Tage vor den Wahlen noch immer bis zu 32% Unentschlossene aus. Die Regierungs-Kandidatin Laura Fernández (Pueblo Soberano, PPSO) führte seit Oktober 2025 konstant mit großem Abstand zu ihren 19 Wettbewerbern die Umfragen an, lag aber zunächst deutlich unter den für den Sieg in der 1. Wahlrunde nötigen 40%-Schwelle und holte dann innerhalb eines Monats von 30 auf 40% auf. Der in den Umfragen Zweitplatzierte Alvaro Ramos kam konstant lediglich auf 8-10% der Stimmen.³ Bis zum Wahltag kämpften die Bewerber um den Pool der Unentschlossenen, um so doch noch gegen Laura Fernández in eine Stichwahl einzuziehen.

Formal betrachtet bestätigte der Wahlprozess die Stärke der costa-ricanischen Institutionen. Das Oberste Wahlgericht (Tribunal Supremo de Elecciones, TSE) organisierte die Wahl transparent, frei und fair. Nationale und internationale Wahlbeobachter, darunter eine EU-Expertenmission, begleiteten den Prozess. Seitens des Staatspräsidenten und seiner

¹ Michaela Braun ist Leiterin des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Costa Rica und Panama. Sergio Araya ist Projektmanager.

² Bei bisher 93,79% Stimmauszählung.

³ <https://ciep.ucr.ac.cr/informe-del-estudio-de-opinion-publica-del-ciep-28-enero-2026/>
<https://semanariouniversidad.com/pais/encuesta-ciep-ucr-chavismo-alcanza-cifra-para-ganar-en-primera-vuelta-y-da-salto-hacia-una-fuerte-bancada-legislativa/>

Anhänger verbreitete Falschinformationen über angebliche technische Probleme oder Manipulationen wurden öffentlich durch das Wahlgericht widerlegt. Erstmals wurden für Costa Rica außergewöhnlich viele Fälle verbaler politisch motivierter Gewalt (v.a. gegen Frauen) in sozialen Netzwerken registriert sowie von Trollen gesteuerte Desinformationskampagnen.

Historische Besonderheiten des Wahlkampfes

Costa Rica ist seit 1949 eine präsidentielle Republik ohne Militär, mit starken rechtsstaatlichen Institutionen und bekannt für seine Verteidigung der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte, sowie von Toleranz und Pazifismus. Doch in den vergangenen Jahren hat sich die politische Kultur grundlegend verändert: Staatspräsident Rodrigo Chaves initiierte und befeuerte während seiner gesamten Amtszeit Konfrontationen mit dem Parlament, der Justiz, weiteren demokratischen Institutionen und Medien. Diese zahlreichen Auseinandersetzungen nähren die Spannungen in der Gesellschaft und untergraben das Vertrauen der Bürger in das politische System. Da er selbst nicht erneut kandidieren durfte, schickte er seine ehemalige Präsidentschaftsministerin, Laura Fernández, ins Rennen.⁴

Das Ergebnis ist gleich aus mehreren Gründen historisch: Denn seit 2010 hatte es kein Kandidat mehr in der ersten Runde geschafft, über 40% der Stimmen zu holen, so dass es in den letzten drei Präsidentschaftswahlen immer zu einer Stichwahl kam. Auch eine derart hohe Mehrheit der Sitze ist in der jüngeren Vergangenheit Costas einzigartig.

Der Wahlkampf 2025/26 unterschied sich deutlich von früheren Wahlen in Costa Rica. Er war außergewöhnlich personalisiert, stark polarisiert und in hohem Maße digital geführt. Obwohl Präsident Chaves laut Verfassung weder kandidieren noch aktiv in den Wahlkampf eingreifen durfte, zog er weiterhin die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Zwei Anträge auf Aufhebung der Immunität des Präsidenten scheiterten in den vergangenen Monaten an der fehlenden Zweidrittelmehrheit im Parlament. Zuletzt war es das Wahlgericht, das das Parlament hierzu aufgefordert hatte, denn mehr als zwanzig Bürger hatten Präsident Chaves wegen politischer Feindseligkeit angezeigt. Die darauffolgende Kontroverse zwischen Wahlgericht und Staatspräsident bestimmte die Schlagzeilen maßgeblich. Als symbolische Verbindung besuchte Präsident Chaves Nayib Bukele in El Salvador und lud ihn nur zwei Wochen vor den Wahlen für den Gegenbesuch nach Costa Rica ein. Auch dies sorgte für Aufsehen und wurde von Analysten als indirekte Unterstützung für die Wahlkampagne und das Sicherheitsnarrativ der Regierungskandidatin gewertet.

Die drängendsten Themen: Sicherheit, Wirtschaft und Soziales

Der Wahlkampf und die Präsidentschaftsdebatten wurden bestimmt von den Themen, die der Bevölkerung am meisten Sorgen bereiten: Mangel an Arbeitsplätzen, hohe Lebenshaltungskosten, ausgeprägte Ungleichheit sowie ein sich seit Jahren drastisch verschlechterndes Gesundheits- und Bildungssystem. Doch das Thema, das die Agenda eindeutig dominierte, war die Bekämpfung der zunehmenden Unsicherheit und Gewalt, die durch das organisierte Verbrechen vorangetrieben wird. Unterschiedlich sind die Wege, die

⁴ <https://www.kas.de/de/laenderberichte/detail/-/content/die-schweiz-lateinamerikas-unter-druck>

die einzelnen Kandidaten vorschlugen, um dieses Ziel zu erreichen: Während der Chavismo sich auf verschärfte Strafverfolgung und den Bau eines Großgefängnisses nach dem international aufgrund mangelnder Einhaltung rechtstaatlicher Rahmenbedingungen äußerst umstrittenen Vorbilds El Salvadors fokussierte, bezogen Oppositionskandidaten vor allem auch präventive und soziale Maßnahmen mit ein. Juan Carlos Hidalgo von der Partido Unidad Social Cristiana (PUSC) setzte zudem auf internationale Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, um auch mit Hilfe europäischer Polizeikräfte im Hafen von Moín den Drogenexport nach Europa zu bekämpfen.

Die führenden Präsidentschaftskandidaten und ihre Parteien

	Partei	Kandidat	Stimmanteil 2026
	Pueblo Soberano	Laura Fernandez	48,33
	Liberación Nacional	Alvaro Ramos	33,42
	Coalición Agenda Ciudadana	Claudia Dobles	4,86
	Frente Amplio	Ariel Robles	3,76
	Unidad Social Cristiana	Juan Carlos Hidalgo	2,79

Laura Fernández – Pueblo Soberano: 48,33 %

Die PPSO wurde im September 2022 gegründet und vom Chavismo als Vehikel für die Teilnahme am Wahlprozess 2025-2026 mit Laura Fernández als Präsidentschaftskandidatin ausgewählt. Ihre Kampagne war explizit auf Kontinuität ausgerichtet, sie präsentierte sich als politische Erbin von Chaves und versprach, dessen Reformkurs fortzusetzen. Themen waren u.a. die Förderung von Pro-Life- und Familienwerten, die Stärkung eines effizienten, effektiven, integren und bürgernahen Staatsmodells sowie die Förderung von Transparenz und „Nulltoleranz“ gegenüber Korruption. Sie nahm dabei lediglich an vier TV-Debatten teil, was ihr heftige Kritik aufgrund angeblich mangelnder Dialogbereitschaft einbrachte. Trotz konstant höchster Umfragewerte war sie zugleich die Kandidatin, die die zweithöchste Ablehnung generierte.

Alvaro Ramos – Partido Liberación Nacional: 33,42 %

Als älteste und traditionsreichste Partei Costa Ricas verfügt die PLN zwar über eine historische Unterstützerbasis, verliert aber insbesondere bei der jüngeren Generation immer mehr an Bedeutung. Ihr Präsidentschaftskandidat, der taub geborene Alvaro Ramos, gilt durch seine persönliche Geschichte als inspirierende Figur. Der Informatiker und Ökonom war zu Beginn der aktuellen Legislaturperiode als Vorstandsvorsitzender der costaricanischen Sozialversicherung (CCSS) tätig. Obwohl er die Partei einem radikalen Erneuerungsprozess unterzog, litt seine Kandidatur unter der negativen Wahrnehmung der Parteimarke. Er stand zwar in allen Umfragen an zweiter Stelle der Wahlpräferenzen, aber zugleich auch an erster Stelle der Liste der am meisten abgelehnten Kandidaten. Sein Programm umfasste u.a. die Themen Sicherheit, Gesundheit und Bildung sowie Entwicklungsmanagement mit einem Ansatz der territorialen Inklusion.

Claudia Dobles – Coalición Agenda Ciudadana: 4,86 %

Die Präsidentschaftskandidatin ist die Ehefrau des ehemaligen Präsidenten Carlos Alvarado Quesada (PAC, 2018-2022). Ihre Erfahrung als ehemalige First Lady und Koordinatorin des Dekarbonisierungsplans verschaffte ihr fachliche Glaubwürdigkeit, zugleich belastete sie die Unpopularität der früheren PAC-Regierung. Sie ging mit der Acción Ciudadana (PAC) eine Koalition mit der neuen Gruppierung namens Agenda Democrática Nacional ein, setzt auf Nachhaltigkeit und Soziale Themen vereint mit liberalen Wirtschaftsideen und positionierte sich als Stimme des Dialogs und der Konsensfindung.

Ariel Robles – Frente Amplio: 3,76 %

Der Präsidentschaftskandidat der linken Partei Frente Amplio ist Lehrer und Umweltaktivist. In der aktuellen Legislaturperiode war er Abgeordneter im Parlament. In seinem Regierungsprogramm setzte er auf soziale Gerechtigkeit, Bildung und staatliche Kontrolle strategischer Ressourcen und punktete damit v.a. bei jungen Wählern.

Sitzverteilung im Parlament und Opposition

Partei	Parlamentssitze 2022	Parlamentssitze 2026
Pueblo Soberano		30
Liberación Nacional	19	18
Frente Amplio	6	7
Unidad Social Cristiana	9	1
Coalición Agenda Ciudadana		1
Progreso Social Democrático	10	
Nueva República	7	
Liberal Progresista	6	

Die politische Bedeutung des Parlaments ist in der kommenden Legislaturperiode besonders hoch. Die PPSO hatte im Wahlkampf offen das Ziel ausgegeben, bis zu 40 Sitze zu erringen – eine Zahl, die eine qualifizierte Mehrheit und damit tiefgreifende institutionelle Reformen, einschließlich Verfassungsänderungen, ermöglichen würde. Noch steht die finale Auszählung der Stimmen aus, diese wird in einigen Wochen erwartet. Laut dem vorläufigen Ergebnis werden in der 57 Sitze umfassenden Asamblea Legislativa nur noch fünf statt der in der aktuellen Legislaturperiode sechs verschiedene Parteien vertreten sein. Die PPSO ist als stärkste Kraft hervorgegangen, wird ihr Ziel der qualifizierten Mehrheit aber wahrscheinlich nicht erreichen. Doch auch die absolute Mehrheit von 30 Sitzen, wird der Regierung erhebliche Macht in Parlamentskommissionen und bei der Verabschiedung von Gesetzen verleihen. Dennoch wird sie nicht reichen, um Verfassungsreformen voranzutreiben oder Richter des Obersten Gerichtshofs zu wählen oder abzurufen, wofür mindestens 38 Stimmen erforderlich sind. Somit ist auch in der neuen Legislaturperiode weiterhin vermehrt mit Konfrontationen seitens der Regierung und ihrer Partei sowohl mit der Opposition im Parlament als auch mit Judikative zu rechnen.

Die PLN schafft es auf 18 Sitze, die Frente Amplio auf sieben, die Coalición Agenda Ciudadana zieht mit einem Sitz in das Parlament ein. Nicht mehr vertreten sein werden die Partido Nueva República und die Partido Liberal Progresista sowie die Partido Progreso Social Democrático, welche 2022 von Rodrigo Chaves als „Taxi“ genutzt wurde, um an der Präsidentschaftswahl teilzunehmen, aus welcher er aber im Jahr 2023 ausgetreten war. Einen herben Schlag musste die Partido Unidad Social Cristiana (PUSC) hinnehmen, die Mitglied in der International Democrat Centrist (IDC) und International Democracy Union

(IDU) ist. Von aktuell neun wird sie künftig nur noch einen Abgeordneten in der Nationalversammlung haben. Die PUSC ist neben der PLN eine der beiden Traditionsparteien, die die politische und wahlpolitische Landschaft seit den 1980er Jahren bis 2014 prägten. Ihr Präsidentschaftskandidat Juan Carlos Hidalgo setzte auf Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit sowie Bekämpfung der Unsicherheit und transnationaler Kriminalität. Trotz relevanter Themen und einem Kandidaten, der glaubhaft für das Wahlprogramm zu werben verstand, scheiterte die PUSC an ihrer inneren Zerstrittenheit

Obwohl Costa Rica eine der ältesten Demokratien der Welt ist, stellt es keine Ausnahme von den Risiken und Gefahren des autoritären Populismus dar. Trotz der Bemühungen der letzten Regierungen, Sozial- und Wirtschaftsprogramme zu stärken, in nachhaltige Entwicklung zu investieren und die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, führte die wachsende Unzufriedenheit der Bürger zu Unmut und Misstrauen, was Präsident Chaves schnell und geschickt für sich nutzte.⁵ Obwohl Laura Fernández selbst zwar wenig charismatisch ist, ein im Vergleich zu anderen Kandidaten nur sehr vages Regierungsprogramm und deutliche argumentative Schwächen bei öffentlichen Auftritten hat, profitiert sie von der Unterstützung und Popularität ihres Mentors.

Der Opposition gelang es nicht, eine gemeinsame Allianz als politisch wirksame Wahlalternative zu bilden und der fragmentierte Auftritt schwächte sie. Traditionelle Parteien litten nicht nur unter Vertrauensverlust und internen Konflikten, sondern auch unter einer unklaren Positionierung zwischen Regierung und Opposition bis hin zu Überläufen einiger Bürgermeister und Parlamentarier zum Chavismo. Dies schwächte ihre Glaubwürdigkeit und schränkte ihre Fähigkeit ein, sich als echte Alternative zur Regierung zu positionieren. Auch wenn die führenden Kandidaten der Oppositionsparteien im späten Wahlkampf versucht hatten, ihre Konflikte zu entschärfen und demokratische Gemeinsamkeiten zu betonen, hatte dies eher symbolische Bedeutung und konnte nur begrenzt Wähler mobilisieren. Mit Ausnahme des Kandidaten Alvaro Ramos, der sich über die Umfragen hinaus deutlich steigern konnte, lagen die übrigen Kandidaten im Bereich der Zahlen, die in den verschiedenen Meinungsumfragen in der letzten Januarwoche ermittelt worden waren.

Strategie und Vision des Chavismo und Pueblo Soberano

Präsident Chaves und seine Anhänger setzen auf eine Diskreditierung des politischen Systems, inszenieren sich als Vertreter des „kleinen Volkes“ und arbeiten mit dem Stilelement des Feindbildes der Eliten. Die PPSO nutzt eine Rhetorik, die das aktuelle politische Modell Costa Ricas als „Diktatur“ oder als reformunfähigen „Status quo“ bezeichnet. So macht Chaves auch Institutionen wie Parlament, Justiz und Presse für Missstände verantwortlich, die seine Regierung nicht beheben kann. Diese systematische Kritik und die Darstellung der eigenen Bewegung und seines politischen Projekts als „friedliche und demokratische Revolution“ zielen darauf ab, bestehende institutionelle Hürden als illegitim darzustellen.

Politikwissenschaftler und andere Experten warnen vor der Forderung durch die PPSO nach einer starken Fraktion von 40 Abgeordneten. Sie sehen darin den Versuch, eine nahezu

⁵ <https://www.lanacion.com.ar/el-mundo/costa-rica-el-oasis-democratico-de-la-region-que-se-prepara-para-abrazar-el-autoritario-modelo-nid31012026/>

hegemoniale Kontrolle über Exekutive und Legislative zu erlangen. Dies könnte darauf abzielen, das politische System nach dem Vorbild populistischer Regierungen in Lateinamerika grundlegend umzubauen und verfassungsändernde Projekte, ohne wirksame parlamentarische Gegenwehr durchzusetzen. Ohne eine qualifizierte Mehrheit im Parlament ist die Regierung nun zu Kooperationen gezwungen – entweder mit moderaten Kräften der Opposition oder durch punktuelle Mehrheiten – um die Vision der gewählten Präsidentin zu verwirklichen: „die Dritte Republik zu gründen“, wie sie in ihrer Siegesrede am Wahlabend erklärte. Ein konfrontativer Regierungsstil könnte jedoch zu institutionellen Blockaden führen und die politische Polarisierung weiter verschärfen.

Ausblick

Mit dem Sieg Laura Fernández beginnt im Land des „Pura Vida“ eine neue Phase des sogenannten „Chavismo“. Erstmals wird versucht, eine ursprünglich personalistische Bewegung in eine dauerhafte politische Strömung zu überführen. Mit dem Wahlergebnis reiht sich Costa Rica in einen weltweiten Trend ein – mit besonderem Gewicht angesichts seiner langen demokratischen Tradition. Gleichzeitig bleibt festzuhalten, dass das Land weiterhin über robuste Institutionen verfügt: ein unabhängiges Wahlgericht, eine aktive Zivilgesellschaft, freie Medien und eine politisch wachsame Öffentlichkeit. Die Belastbarkeit dieses Systems wird jedoch in den kommenden Jahren noch stärker auf eine harte Probe gestellt.

Auf die künftige Regierung warten enorme Herausforderungen: Bekämpfung der organisierten Kriminalität, der sozialen Ungleichheit und fehlender Perspektiven, v.a. für junge Menschen. Notwendig sind umfassende Strukturreformen, unter anderem zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wohlfahrtsstaates sowie zur Modernisierung der Verwaltung. Dabei steht sie vor der Aufgabe, Sicherheit, Reformfähigkeit und sozialen Zusammenhalt zu stärken, ohne rechtsstaatliche Prinzipien zu gefährden. Ob Costa Rica seine Rolle als stabile Demokratie in Mittelamerika bewahren kann, wird vor allem auch von der politischen Kultur der kommenden Jahre abhängen – vom Respekt vor Institutionen, von Dialogbereitschaft und der Fähigkeit, gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Michaela Braun
Auslandsmitarbeiterin Costa Rica und Panama
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de
<https://www.kas.de/de/web/costa-rica-und-panama>
michaela.braun@kas.de
<https://www.facebook.com/kascostarica/>



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)